

Erstaunliche Erkenntnisse

Zu: „Mit NS-Vergangenheit in den Römer“, FR-Regional vom 27. März

Großes Lob an die Frankfurter Rundschau, dass im Artikel von Oliver Teutsch die Ergebnisse einer Studie des Fritz-Bauer-Instituts zur früheren NSDAP-Mitgliedschaft der Frankfurter Stadtverordneten aufgegriffen wurden. Wenn ich es richtig sehe, war die Rundschau die erste und bisher einzige Zeitung, die über diese Studie berichtet hat. Die Stadtverordneten selbst haben die Studie in Auftrag gegeben.

Von den 325 Stadtverordneten nach 1945 waren dieser Studie zufolge 54 frühere NSDAP-Mitglieder, bekannt waren bisher lediglich sieben. Der höchste Anteil lag in der Wahlperiode 1964 bis 1968 bei über 20 Prozent.

Es ist immer wieder erstaunlich, welche Aspekte der Frankfurter Stadtgeschichte bisher nicht erforscht wurden. Es ergeben sich für mich aus der Lektüre des Artikels folgende Fragen: Erstens, warum wurde nur bis zum Jahr 1968 geforscht – denn es ist doch anzunehmen, das auch in den folgenden Wahlperioden noch frühere NSDAP-Mitglieder im Stadtparlament saßen.

Zweitens: Warum ist bisher nicht geklärt, ob und wie diese Studie veröffentlicht werden soll? Dieter Wesp, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210426

Was tun für Insekten? Bronski baut seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Insektenhotels, Totholz – lesen Sie hier: frblog.de/garten-06

Schädlicher Lärm

Campus-U-Bahn: „Klimapolitischer Unsinn“, FR.-Regional vom 31.13.

Die Verlängerung der U4 kann man sicherlich aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten. Die CO₂-Bilanz ist eine. Lärmbelastung und Wegezeiten sind genauso relevante Blickwinkel. Dass die „Students 4 Future“ mit „Unsinn“ hier jegliche andere Betrachtung totschlagen, ist für eine wirklich nachhaltige Stadtentwicklung nicht hilfreich.

Für mich als lärmgeplagte U-Bahnwohnerin wäre es wünschenswert, wenn U-Bahnen nicht aus finanziellen Gründen oberirdisch gebaut würden, sondern unterirdisch – das schützt vor Lärm, der genau so wie Luftverschmutzung gesundheitsschädlich ist. Außerdem würden unterirdische Gleise nicht die Stadtteile zerschneiden, sondern es würde oberirdisch mehr Platz für Fußgänger*innen und Fahrradfahrende bleiben.

Ob eine 700 Meter vom Campus entfernte Station den Campus so gut anbindet wie eine direkt auf dem Campus, sei mal dahingestellt. Auch ein unterirdischer U-Bahn-Bau leistet einen Beitrag zur CO₂-Einsparung.

Der Ausbau des ÖPNV muss vielen Aspekten gerecht werden und nicht nur der maximalen CO₂-Einsparung!
Inge Fischle, Frankfurt

Grün-Rot-Rot als Schreckgespenst

Ampelkoalition im Römer: „Schwierige Konstellation“ und „Nur nicht links“, FR-Regional vom 16.4. und -Meinung vom 19.4.

Grüne sind nicht an der sozialen Frage interessiert

Warum die Frankfurter Grünen eine Koalition mit der FDP vorziehen, mit der sie wenig programmatische Übereinstimmung haben (Florian Leclerc hat das im Kommentar skizziert), und nicht mit der Linken, mit der sie viele gemeinsame Ziele haben, erschließt sich der geneigten Wählerin nicht. Geht es gar nicht um programmatische Fragen? Sind es antilinke Resentiments? Angst vor der Hetzkampagne bürgerlicher Medien, die Grün-Rot-Rot als ein Schreckgespenst darstellen?

Für mich bestätigt sich leider wieder der Eindruck, dass die soziale Frage die Grünen wenig interessiert. Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit machen sich in Wahlprogrammen gut, aber umsetzen will man sie dann doch lieber nicht? Ich halte das für einen schweren Fehler, denn ohne eine soziale Politik wird der ökologische Umbau, der dringend notwendig ist, die tiefe soziale Spaltung unserer Gesellschaft nur verstärken und damit rechtspopulistischen Parteien in die Hände spielen.
Barbara Krämer-van de Loo, Frankfurt

Widerspruch zwischen Programm und Parteipolitik

Für die Grünen-Spitze war es auf Basis ihres Wahlprogramms ein von vornherein aussichtsloses Unterfangen, eine plausible Begründung für eine Koalition mit den politischen Gegnern der

für Linke, SPD und Grüne zentralen sozialökologischen Transformation zu liefern. Trotzdem empfinde ich es als erschütternd, dass die Grünen keine Mühe darauf verschwenden, glaubhaft zu argumentieren. Die Linke als Koalitionspartner mit der Begründung auszuschließen, bei ihr stünde Klimaschutz nicht im Mittelpunkt, ist mit Blick auf Wunschpartner FDP offensichtlicher Unsinn. Wer so ungeniert die Grundregeln eines vernünftigen Diskurses verletzt, beschädigt die Basis von Demokratie und lebt Politik als reine Machtpolitik, wie wir sie von anderen politischen Kräften kennen.

Der Widerspruch zwischen Parteiprogramm und Parteipolitik ist mit der Vorliebe der Grünen für Koalitionen mit der CDU (demnächst wohl auch im Bund) nicht neu. Die Grünen haben offenbar seit Jahren Ziele oder zumindest programmatische Strategien, die in ihren Wahlprogrammen nicht auftauchen. Von einer demokratischen Partei muss man aber verlangen, mit offenen Karten zu spielen, für ihre wahren Ziele mit guten Argumenten zu werben.

Georg Leppert sieht bei den Grünen neben der Ablehnung eines Linksbündnisses eine „Scheu vor Konflikten“. Ich sehe die verdeckte Agenda der Grünen darin, dem unvermeidlichen Konflikt mit den jahrzehntelangen Verhinderern der klimapolitischen Wende aus dem Weg zu gehen, indem sie sich an deren Vertreter binden. Eine diskutabile Strategie, wäre sie explizit und hätte nicht

Klimakanzlerin Merkel dies 16 Jahre versucht. Heute, mitten in der Klimakrise, wählen Menschen die Grünen, weil sie damit den ernsthaften Willen verbinden, in der Klimakrise angemessen zu handeln. Die Grünen sind damit die Hoffnung auf eine Klimawende im mächtigsten Land des ökonomisch größten Staates der Welt. Vor dieser historischen Aufgabe versagen die Grünen inhaltlich und indem sie den demokratischen Diskurs schwächen. Karl Höhn, Frankfurt

Ich hoffe auf „Fridays for Future“

Es wird zu wenig beleuchtet, dass die Grünen in Frankfurt wie im übrigen Deutschland in weiten Teilen nicht mehr „grün“ sind. Belege dafür gibt es zu Hauf, man braucht nur die Kommunal- und Landespolitik dort anzuschauen, wo die Grünen oft schon seit vielen Jahren in wichtigen Machtpositionen sind: Frankfurt, Hessen, Baden-Württemberg, Hamburg. In Bremen und Berlin sieht es etwas anders aus. In beiden Städten sind aber die Linken dabei. Nur eine Koalition mit ihnen auf Bundesebene nach den Wahlen im Herbst könnte verhindern, dass die Grünen wie eine grün bemantelte CDU oder FDP regieren. Und auch das wird nicht helfen, wenn nicht wieder eine wirklich „grüne“ Bewegung von unten „Dampf gibt“. Ich hoffe – nach Corona – auf „Fridays for Future“. Manfred Bonson, Lüdinghausen

Diskussion: frblog.de/bawue21

Wir durften nicht mal auf den Parkplatz

Zu: „Trotz Impftermin abgewiesen“, FR-Regional vom 22. April

Wie Herrn Keßlers Mutter, erging es mir auch. Gleiche Situation, gleiches Tor, anderer Tag.

Ich bin 81 Jahre und schwer gehbehindert. Mit Rollator und Begleitperson versuche ich, einen kleinen Rest meiner Mobilität zu bewahren. Am Samstag, 20. Februar 2020, war mein Termin zur Zweitimpfung. Wie beim ersten Impftermin war mein Schwiegersohn als Fahrer, meine Tochter als Begleitperson und ich im Auto gesessen. Man wies uns am Tor Ost ab, mit der

Begründung: Wir würden zu dritt im Auto sitzen, deshalb könne man uns die Einfahrt nicht gewähren. Der Versuch der Erklärung, dass mein Schwiegersohn, wie beim letzten Mal auch, natürlich im Wagen warten wird und einzig meine Tochter und ich das Impfzentrum betreten werden, verhallte. Auch die Einfahrt – nur um mich am Tor aussteigen zu lassen und dann sofort den Parkplatz wieder zu verlassen – wurde uns verwehrt (der Parkplatz war so

gut wie leer!). Wir sollen den Haupteingang benutzen. Dort kann man aber nirgends halten.

Die Taxifahrer waren an ihrem Halteplatz so nett, mich aussteigen zu lassen, und haben einen Rollstuhl organisiert, sonst hätte auch ich meinen Zweittermin nicht wahrnehmen können. Auf meine Beschwerde im Impfzentrum hin zeigte man sich empört und wollte alles (natürlich erst) am Montag weiterleiten. Soviel dazu ...

Änni Meier, Frankfurt

Gehbehinderte sind oft auf Schwimmtherapie angewiesen

Menschen mit schweren Behinderungen: „Kampf um die Priorität“, FR-Politik vom 19. April

Seit dem ersten Lockdown im vorigen Jahr sind die Schwimmbäder für kranke und behinderte Menschen in Frankfurt fast durchgängig geschlossen. Für viele dieser Menschen bedeutet das Schwimmen die einzige Möglichkeit, alleine und ohne therapeutische Hilfe den Körper zu bewegen und dadurch Kraft aufzubauen. Viele gehen von daher ein- bis zweimal wöchentlich ins Schwimmbad. Es handelt sich dabei eher um ältere Menschen.

Leider ist ihnen bis heute keine Möglichkeit eingeräumt worden, via Zeitfenster und nach Voranmeldung in den Genuss des für sie so wichtigen Schwimmens zu kommen. Insbesondere bei gehbehinderten und auf Schwimmtherapie angewiesenen Menschen schwinden zunehmend die körperlichen, aber auch psychischen Kräfte. Selbst für die Behindertenverbände scheint dieses Problem nicht auf der Agenda zu stehen. Zumindest

taucht es in der öffentlichen Diskussion nicht auf. Offiziell wird immer wieder auf die aktuelle Corona-Lage und die Verordnungen verwiesen – doch für diese Menschen sind geschlossene Schwimmbäder fatal!

Sicher ist es sinnvoll und vertretbar, die Bäder mit Hygienekonzepten für die Schulen zu öffnen. Warum sollte es dann nicht auch möglich sein, dies einer begrenzten Gruppe von Menschen zu ermöglichen, die auf das

Schwimmen aus gesundheitlichen Gründen angewiesen sind? Es ist davon auszugehen, dass in sehr absehbarer Zeit Menschen über 70 und Menschen mit Vorerkrankungen geimpft sein werden. Spätestens dann sollten die Voraussetzungen zur Öffnung der Bäder (zumal die Zeit der Freibäder beginnt) für diese Gruppe geschaffen sein. Jutta Müller-Authorsen, Mathias Müller, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/gezerrer